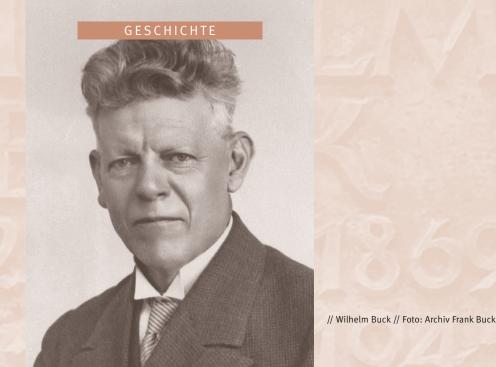
// Regelmäßig stellt der Landtagskurier in dieser Rubrik Abgeordnete aus der Parlamentsgeschichte vor. Eine neue Artikelserie nimmt nun erstmals die Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik in den Blick, die teilweise ohne Landtagsmandat ihr Amt ausübten. Beleuchtet wird insbesondere ihr Verhältnis zum Landtag. //



Prof. Dr. Mike Schmeitzner

Wilhelm Buck -

Moderator ohne Mandat

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 2)

Die Analogien zwischen den ersten beiden Ministerpräsidenten Gradnauer und Buck erscheinen verblüffend: Wie sein Vorgänger hatte auch Buck kein Mandat des Sächsischen Landtags bzw. der Sächsischen Volkskammer, wie das Landesparlament 1919/20 hieß - jedenfalls nicht während seiner Amtszeit 1920 bis 1923. Seit einer Nachwahl 1913 war er Reichstagsabgeordneter. Und auch im Januar 1919 kandidierte er erfolgreich für das neue deutsche Parlament, obwohl er seit November 1918 als Kultusminister der sächsischen Revolutionsregierung angehörte und so sein Hauptbetätigungsfeld auf der Landesebene hatte. Im Gegensatz zu Gradnauer verfügte Buck aber über parlamentarische Erfahrungen auf kommunaler Ebene: Seit 1908 war er Dresdner Stadtverordneter und seit 1917 auch unbesoldeter

Stadtrat gewesen. Dass er noch einmal Ministerpräsident werden würde, war keineswegs ausgemacht: Infolge der Aufnahme von zwei Linksliberalen in die von der MSPD geführte Regierung im Herbst 1919 hatte Buck sogar sein Kultusministeramt abgeben müssen.

Aus der hauptamtlichen Dresdner Kommunalpolitik wurde er von der eigenen Partei und der Volkskammerfraktion im Frühjahr 1920 reaktiviert. Ministerpräsident Gradnauer hatte aufgrund der blutigen Auseinandersetzungen während des rechtsgerichteten Kapp-Putsches und wegen Gesundheitsproblemen sein Amt niederlegen müssen. Da sich keiner der MSPD-Minister das höchste Staatsamt zutraute oder aber als entsprechend qualifiziert infrage kam, fiel die Wahl auf Buck. Für Buck sprach zudem, dass er das

sozialliberale Bündnis mit den Linksliberalen unbedingt fortsetzen wollte. Wie Gradnauer stand auch der 1869 geborene, langjährige Gewerkschafter für einen historischen Brückenschlag zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Die einmütige Verabschiedung der Landesverfassung war auch Resultat dieser Politik. Sein Mandat auf Reichsebene wurde anfangs weniger als Problem denn als Chance begriffen. In seinen Landtagsreden betonte Buck immer wieder den »innigen Kontakt« zwischen Reich und Freistaat. Das war wohl auch der Grund, weshalb er im Juni 1920 erneut für den Reichstag kandidierte und nicht für den wenige Monate später zur Wahl stehenden Landtag.

Ein verfasssungstreuer Vermittler

In der Folge machte es sich aber doch bemerkbar, dass der Ministerpräsident weder über ein Mandat für den Landtag noch über eine Spitzenfunktion in der eigenen Partei verfügte. Den Machtkampf mit der innerparteilichen Linken in der MSPD und deren Anhängerschaft in der Landtagsfraktion verlor er Ende 1920, als er mit seinem Votum für eine Koalition aus MSPD sowie den Links- und Rechtsliberalen nicht durchdrang. Der eigene linke Flügel zwang ihn in eine linke Minderheitenkoalition aus MSPD und USPD, die von der KPD toleriert wurde. Er beugte sich der innerparteilichen Disziplin, versuchte aber die Zugeständnisse an die KPD zu begrenzen. Noch vor der Wahl des Ministerpräsidenten hatte der KPD-Sprecher

Rudolf Renner erklärt, diese »Verfassung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu stürzen«. Darauf gab Buck eine persönliche Erklärung ab, in der er die »Grundsätze und Bedingungen« der KPD rundweg ablehnte. Die KPD-Fraktion lenkte daraufhin ein und wählte ihn in geheimer Wahl mit.

Die parlamentarische Basis

der Regierung blieb aber auch über die Jahreswende 1920 hinaus prekär. Als im Frühjahr 1921 die bewaffnete »März-Aktion« der KPD auch in Sachsen zu Sprengstoffanschlägen führte, stand das Ende der Koalition kurz bevor. Als nur wenige Wochen später ein Abgeordneter der USPD-Regierungsfraktion im Landtag erklärte, warum er eine »Diktatur des Proletariats« für sinnvoller hielt als das bestehende System, kam der Ministerpräsident erneut in Verlegenheit: In einer Regierungserklärung stellte er sich halbherzig vor den Abgeordneten und bekundete gleichzeitig seine Verfassungstreue. In der Folge versuchte er mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, wobei ihm die Mehrheit der eigenen Fraktion folgte. Eine punktuelle Kooperation mit den Liberalen war dabei kein Tabu. So gelang es seiner Regierung, auf verschiedenen Feldern Erfolge zu erzielen: Unter den Schulreformen ragt besonders das Schulbedarfsgesetz hervor, das u.a. die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule, die Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassenverbänden und die Abschaffung der körperlichen Züchtigung festschrieb. Die neue demokratische Gemeindeordnung brachte seine Regierung ebenfalls auf den Weg. Und auch im Polizeibereich kam es zu grundlegenden Reformen – bis hin zur Gründung eines Landeskriminalamtes (LKA).

Ein wehrhafter Demokrat

Als sich auch nach den vorzeitig abgehaltenen Landtagswahlen vom Herbst 1922 die Mehrheiten nicht änderten, wurde Buck erneut in sein Amt gewählt. Im Landtag brachte er kurze Zeit später sein politisches Credo noch einmal auf den Punkt, als Auffassung, dass das richtig ist, was geschehen und verordnet wurde«, wenn »von den Extremen rechts und links« Angriffe gegen sein Kabinett erfolgten. Das sahen im Krisenjahr 1923 die Kommunisten inner- und außerhalb des Landtags gänzlich anders: Sie wollten jetzt direkten Einfluss auf die Regierung ausüben und auch außerparlamentarisch die Lage für einen »Deutschen Oktober« nutzen. Als die KPD-Fraktion den ihr unliebsamen Innenminister Richard Lipinski zusammen mit den bürgerlichen Fraktionen zum Rücktritt zwang, blieb sie Sieger im taktischen Machtkampf. Bucks Regierung trat zurück. Der Regierungschef selbst wollte wie die Mehrheit der wieder vereinigten SPD-Fraktion nun den parlamentarischen Anschluss an die liberale Mitte suchen, doch machte ihr die Mehrheit der eigenen Landespartei einen Strich durch die Rechnung. Sie entschied sich für ein inhaltliches Abkommen mit der KPD. Die Fraktion ließ sich daraufhin in die Parteidisziplin nehmen und wählte mit den Kommunisten den bisherigen Justizminister Erich Zeigner zum Regierungschef.

er erklärte: Er habe »immer die

Buck, der vor diesem Bündnis gewarnt hatte, zog sich vorerst verbittert aus der Landespolitik zurück und wurde noch 1923 Kreishauptmann (Regierungspräsident) von Dresden. Als er Anfang 1924 im Machtkampf mit der innerparteilichen Linken auch noch die Wiederaufstellung zum Reichstag verlor, unterstützte er immer offener die Fraktionsmehrheit im Landtag, die – ohne Zustimmung der Parteimehrheit –



Prof. Dr. Mike Schmeitzner

geboren 1968 in Dresden, studierte an der PH und TU Dresden Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften. Seit 1998 forscht er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden zum Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, zur Geschichte der SBZ und der frühen DDR sowie besonders zu Sachsen in der Weimarer Republik und unter den nachfolgenden beiden Diktaturen. // Foto: R. Ryter



nun eine Große Koalition gebildet hatte. 1926 setzte er sich dann sogar zeitweise an die Spitze einer rechtssozialdemokratischen Parteiabspaltung, die 1932 wieder in der SPD aufging. Für die neue Partei hatte er auch 1929/30 kurzzeitig dem Landtag angehört. 1933 von den Nazis aus dem Amt entfernt, starb Buck Ende 1945 in Radebeul bei Dresden. Kurz darauf wurde im Regierungsviertel eine Straße nach ihm benannt. Dies ist auch aus heutiger Sicht gut nachvollziehbar, hatte sich doch der Politiker sorbischer Herkunft durchaus Verdienste um eine wehrhafte Demokratie erworben: 1924 war er einer der Mitbegründer des überparteilichen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

